

Kooperation und Konkurrenz **Industriesoziologische Forschung in der westdeutschen Nachkriegszeit**

Ludwig v. Friedeburg

Kooperation und Konkurrenz bezeichnen ein weites Feld in der Wissenschaft, besonders in der Geschichte der Soziologie in Deutschland. Erinnert sei nur an den Ton der Auseinandersetzungen im Verein für Socialpolitik und an die politischen und rassistischen Randbedingungen staatlicher Förderung wissenschaftlicher Arbeit, die im Kaiserreich Sozialdemokraten und Juden behinderten, wenn nicht ausgliederten und in der Weimarer Republik die Fronten nur zu deutlich bestimmten. Soziologie als erhoffter Keim einer republikanischen Universalwissenschaft gewann in Preußen unversehens ministerielle Unterstützung und erhielt in Frankfurt entsprechende Lehrstühle, in Göttingen immerhin einen ersten Lehrauftrag und einen soziologischen Apparat in der Bibliothek. Doch der Machtantritt des nationalsozialistischen Regimes setzte solchen Hoffnungen rasch ein Ende und vertrieb die schon im Kaiserreich Verfemten. Für die Polarisierung mögen als Beispiele die sogleich aus Frankfurt exilierten Mannheim und Horkheimer auf der einen Seite und auf der anderen Seite Andreas Walther genügen, eben jener Göttinger Lehrbeauftragte, der inzwischen an die Hamburger Universität als Soziologieprofessor berufen war und dort als Parteigänger der Nationalsozialisten auch blieb, um später die Methoden der empirischen Sozialforschung für die Identifizierung politisch unzuverlässiger Wohnquartiere der Hansestadt zu instrumentalisieren.

Ich muß so weit zurückgreifen, nicht nur weil generell von der Gegenwart wenig zu verstehen ist, wenn nicht weit in die Geschichte zurückgefragt wird, sondern weil in dem hier zu behandelnden Fall von Kooperation und Konkur-

renz, durch die die Industriesoziologie in Deutschland erstmals einen besonderen Stellenwert erhielt, allein die Vorgeschichte den Schlüssel zum Verständnis bietet.

Zu den Soziologen, die blieben und nach dem Zusammenbruch mit geringer Karenzzeit weiter Bedeutung erlangten, gehörten vor allem die Leipziger Freyer, Gehlen und Schelsky. Aber anders als auf der breiten Palette der Universitätsfächer, in denen die Gebliebenen durchweg das Nachkriegsbild der Universitäten bestimmten, hatten im Felde der Soziologie und politischen Wissenschaften vertriebene Gelehrte, die zur Rückkehr bereit waren, größere Chancen, einflußreiche Lehrstühle zu besetzen. Das galt insbesondere für die Möglichkeit, in Frankfurt das Institut für Sozialforschung wieder zu errichten, aber auch für König in Köln, Plessner in Göttingen, Francis in München und Stammer an der Freien Universität Berlin. Der Wiederaufbau in Frankfurt und Berlin erhielt zusätzliches Gewicht durch frühe Überlegungen zur Professionalisierung soziologischer Berufstätigkeit, die dort erstmals zur Einführung von Studiengängen für Diplomsoziologen führten.

Von den Anfängen der Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland war in der Nachkriegszeit kaum noch etwas wahrzunehmen. Ihre Forschungen, wie die des Vereins für Socialpolitik über "Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Großindustrie", denen Max Weber wie bei den vorangegangenen Landarbeitererhebungen wichtige theoretische und methodische Anstöße gab, hatten mit der akademischen Soziologie an den Universitäten nichts zu tun gehabt, wie auch die meisten empirisch

orientierten Studien zu Rationalisierung, Taylorismus und Gruppenarbeit in den 20er Jahren, die die Gesellschaft vom Betrieb her reformieren wollten.

Einen festen Platz für die Betriebssoziologie an einer Hochschule hatte durch die Unterstützung des preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker nur Götz Briefs mit seinem "Institut für Betriebssoziologie und soziale Betriebslehre" an der TH Berlin gefunden, um einen zeitgemäßen Beitrag zur Ausbildung von Ingenieuren zu leisten. Doch gelangten seine Vorstellungen von Betriebsführung und Werktreue nach 1933, zunächst auch mit seiner Hilfe, rasch in die Betriebsideologie der nationalsozialistischen Arbeitsfront.

Die industriesoziologische Diskussion mußte also nach dem Kriege neu aufgenommen werden. Erste Veröffentlichungen von älteren Wissenschaftlern an der neu errichteten Sozialforschungsstelle in Dortmund wie die von Brepohl über den Aufbau des Ruhrvolkes oder die von Neuloh über die Betriebsverfassung führten kaum weiter. Die Wende wurde bestimmt von einigen jüngeren Autodidakten, die dann durch die Sozialforschung zu Soziologen wurden, und durch das öffentliche Interesse am Mitbestimmungskonflikt in der Montanindustrie.

Einer von ihnen, Hans Paul Bahrtdt, hat deren Motive wie folgt beschrieben: "Unter den Soziologen, die in den 50er Jahren zu forschen begannen, waren viele politisch engagiert. Aber sie quälte die Frage: Wird die von den Alliierten verordnete Demokratie Stabilität gewinnen und schließlich dieselbe Festigkeit erlangen, wie dort, wo die Völker sich ihre Demokratie durch eine Revolution selbst geschaffen haben? Zugleich hatten sie begriffen, daß Demokratie nicht nur eine Sache klug erdachter politischer Institutionen ist, sondern eine Basis in der Gesellschaftsstruktur benötigt. Daß letztere harmonisch und konfliktfrei ist, erschien ihnen weder erhoffbar noch wünschenswert. Aber eine wichtige Frage war doch: Welche Schärfe haben inzwischen die hergebrachten Klassengegensätze, die für industrialisierte kapitalistische Gesell-

schaften bisher typisch waren? Es war keineswegs nur die Furcht, sie könnten so scharf sein, daß sie ein geordnetes demokratisches Leben verhinderten. Man fürchtete auch eine zu starke Abschwächung und damit eine Verkümmerng des Reformpotentials der Arbeiterbewegung, auf das die junge Demokratie nicht verzichten dürfte. Nur eine selbstbewußte Arbeiterschaft, in der die Erfahrungen ihrer Vergangenheit weiterleben, konnte - so meinte man - ein Gegengewicht zu den starken restaurativen Kräften der 50er Jahre bilden, die auf die Länge den Demokratisierungsprozeß gefährden würden. Freilich: Dann mußte man wissen: Was kennzeichnet die heutige Arbeiterschaft? Welche Arbeitsvollzüge, welche Kooperationsformen und welche betriebliche Wirklichkeit kennzeichnen den sozialen Alltag? Vermittelt er Motive und Erfahrungen von politischer Relevanz? Sicher treibt der Arbeitsalltag nicht ein vollständiges politisches Bewußtsein wie eine Blume aus sich hervor. Aber wenn ein solches überhaupt entsteht und handlungsbestimmend wird, so müssen doch Funken zwischen unmittelbarer Lebenserfahrung und den nur mittelbar gewinnbaren Bewußtseinsinhalten hin- und herfliegen."¹

Ein weiteres Motiv dieser jüngeren Sozialforscher sah Bahrtdt in der gesellschaftstheoretischen Überzeugung, daß soziale Tatsachen erst vollständig erkennbar werden, wenn sie sich einem Begriff von Gesellschaft einordnen. Daher führte damals für ernstzunehmende Industriesoziologen kein Weg an Marx vorbei. "Mit Marx ins Reine zu kommen, sich von sekundären Vaterbindungen an ihn so weit zu lösen, daß man in respektvoller Distanz sowohl von Marx etwas lernen als auch ihn kritisieren konnte - wie war dieses Ziel besser zu erreichen, als daß man den elfenbeinernen Turm der Universität verließ und in ein Industriegebiet zog, um 'vor Ort' festzustellen, wie Arbeitnehmertum, Arbeiterbewußtsein, technische Arbeitsbedingungen und 'Arbeitsentfremdung' (falls es diese gibt und

¹ Hans Paul Bahrtdt, Die Industriesoziologie - eine "spezielle Soziologie"?, in: Gerd Schmidt, Hans-Joachim Braczyk, Jost von dem Knesebeck (Hrsg.), Materialien zur Industriesoziologie, Sonderheft 24/1982 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 13.

was sie auch immer bedeutet) in der Mitte des 20. Jahrhunderts sich darstellen."²

Bahrdt also folgte nach seiner philosophischen Promotion 1953 dem Ruf von Popitz, ebenfalls gelernter Philosoph mit einer Dissertation über den jungen Marx, an die Sozialforschungsstelle nach Dortmund zur Vorbereitung einer von der Ford Foundation finanzierten Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse und gesellschaftlichen Vorstellungen von Hüttenarbeitern im Ruhrgebiet zusammen mit Jüres und Kesting. Dort waren, gestützt auf das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften und einige prominente Arbeitsdirektoren, schon seit 1951 Pirkers und Lutz mit ihrer Untersuchung über "Arbeiter Management Mitbestimmung" in Werken der Eisen- und Stahlindustrie tätig, zu der sie auch ihren Münchener Freund Siegfried Braun holten, der inzwischen bei Walter Dirks in Frankfurt arbeitete und bei Horkheimer und Adorno im Philosophischen Seminar studierte. Zuletzt kamen 1954 die Frankfurter aus dem Institut für Sozialforschung, um, finanziert von der Mannesmann AG, "eine erweiterte und vertiefte Fortsetzung der WWI-Untersuchung vom Spätsommer 1952", so die Sprachregelung des Mannesmann-Vorstandes, zum Betriebsklima und der Einstellung zur Mitbestimmung in Stahl- und Röhrenwerken sowie Kohlezechen des Konzerns durchzuführen. Die Interessen der Geldgeber hätten nicht verschiedener sein können. Doch die der Forschergruppen waren es nicht. Versuche, Konflikte zwischen ihnen zu provozieren, blieben erfolglos. Die Ergebnisse ihrer Studien, so verschieden sie methodisch angelegt waren und was immer in jener Zeit erbitterter Auseinandersetzung um die Mitbestimmungsgesetze die höheren Etagen der Geldgeber mit ihnen beabsichtigt hatten, stimmten in den Grundzügen derart überein, daß sie nicht gegeneinander ausgespielt werden konnten. Die Mitarbeiter wollten das schon gar nicht. Sie lernten sich auf diese Weise kennen und kamen überein, in Kontakt zu bleiben.

Am 2. Mai 1955 fand zwischen ihnen ein erster Erfahrungsaustausch über neuere industriesoziologische Un-

tersuchungen in Deutschland im Institut für Sozialforschung statt. Zunächst sollten methodologische Fragen besprochen werden, in Pirkers Worten: die Voraussetzungen einer objektiven Sozialforschung in der gegenwärtigen Industriesituation. Dabei waren neben ihm, Lutz und Braun aus Dortmund Popitz, Bahrdt, Jüres und Kesting sowie Neuloh und aus Frankfurt neben mir Egon Becker, wenn ich von der Gastrolle Adornos und Walter Dirks' absehe. Dieser Industriesoziologenclub erweiterte sich dann um die Hamburger Kluth und Tartler von Schelskys Projektgruppe "Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend" sowie Weltz und Teschner von der Frankfurter Mannesmannstudie, Mangold war damals mit dem Gruppendiskussionsverfahren beschäftigt, und kooptierte Habermas und Dahrendorf, später auch Lepsius, Bolte und Ferber. Aus dem Club wurde die erste Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, nämlich die für Industriesoziologie, symbolisch für den Stellenwert in den 50er Jahren und auch für die wachsende Bedeutung ihrer Mitglieder in der akademischen Organisation der sich entwickelnden Soziologie. Indem diese dann die Ausbildung der heranwachsenden Nachfolger bestimmten, waren durch die Koinzidenz der drei Studien und die anschließende Kooperation der Autodidakten nicht nur erstmals eine "abgreifbare Struktur deutscher Industriesoziologie" (Gerd Schmidt) entstanden, sondern auch die Voraussetzung für ihre spätere Institutionalisierung.

Denn zunächst waren die Jungen Außenseiter im akademischen Betrieb, was ihre Solidarität untereinander bestärkte ebenso wie die teilweise erbitterten Fehden unter den damaligen Ordinarien, die keineswegs nur, aber vornehmlich durch deren Biographie in der Zeit des Nationalsozialismus bestimmt waren. Das sollte nie wieder geschehen, war unsere Überzeugung. Wir verstanden gemeinsam unsere Forschung als "Form der Auseinandersetzung mit einer restaurativen Gesellschaft" (Lutz).

Unter Rahmenbedingungen wie in Frankfurt, wo das Institut für Sozialforschung zugleich als Soziologisches Seminar der Philosophischen Fakultät fungierte und zuerst

2 a.a.O., S. 14.

eine Hauptfachausbildung für Soziologen einrichtete, verband sich solche Forschung eng mit der Nachwuchsbildung, sowohl in der theoretischen Reflexion wie in der Teilhabe an den empirischen Untersuchungen. Dabei ist an Studien über den Heimkehrerverband, die rechtsradikalen Tendenzen in der westdeutschen Presse und in der NPD-Propaganda, an die Entwicklung eines Instruments zur Ermittlung autoritären politischen Potentials (A-Skala), die Studien über Student und Politik sowie über den politischen Unterricht an den Schulen gedacht, doch ebenfalls und in diesem Zusammenhang besonders an die parallel laufenden industriesoziologischen Untersuchungen des Instituts oder in seinem Umfeld. Nach den Mannesmann-Studien folgten eine Analyse der Fluktuation im Steinkohlenbergbau und dann die von Burkart Lutz geleitete deutsche Teilstudie der umfassenden Untersuchung der Hohen Behörde in Luxemburg über Mechanisierungsentwicklung und Lohnanreiz in den Walzstraßen von Betrieben in sechs westeuropäischen Ländern.

Die symbiotischen Beziehungen, die zwischen einigen der Gründer der Kritischen Theorie enge Kooperation trotz erheblicher Konkurrenz und Konflikte verbürgte, waren gewiß intensiver und reichten weit länger zurück. Aber eine Parallele deutet sich in den prägenden Erfahrungen an, die einige werdende Sozialforscher und Studierende in Frankfurt untereinander verband. Burkart Lutz hat immer wieder darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Unterstützung gleichaltriger Kollegen aus dem Industriesoziologenclub für den Berufsweg der akademischen Außenseiter wie Pirker und ihn hatte. Vier Jahre lang leitete er im Institut die erwähnte Luxemburg-Studie über den Leistungslohn in der Stahlindustrie, und Manfred Teschner und Gerhard Brandt profitierten in der gemeinsamen Feldarbeit von seinem Ideenreichtum und seiner Forschungserfahrung. Teschner, der wie Weltz in den Mannesmann-Studien schon aktiv mitgearbeitet hatte, wurde selbst zu einer Bezugsperson für Norbert Altmann und Michael Schumann. Altmann, der 1953 sein Soziologiestudium in Frankfurt begann, war in der Heimkehrer-Untersuchung tätig, mit der Teschner promovierte. Altmann lernte den

jungen Michael Schumann schon als Schüler durch die gemeinsame Passion für das Erklimmen schwieriger Berge kennen. Übrigens hat Schumann, um sich die Mittel für seine Alpenfahrten zu verdienen, in einer Brauerei am Fließband gejobt. Was er dort über das Leben von Fließbandarbeitern erfuhr, wurde zum Ausgangspunkt seines Interesses für Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Während seines Frankfurter Soziologiestudiums zog er unter der inspirierenden Anleitung von Friedrich Weltz, der sich inzwischen selbständig gemacht hatte, ins industriesoziologische Feld. Seine spätere Diplomarbeit gewann ihr Material allerdings aus den Studien des Instituts über den politischen Unterricht, an denen er zusammen mit Teschner jahrelang mitarbeitete.

Nur am Rande: Schumann und Altmann, Teschner und Brandt waren alle im SDS tätig, in dessen Bundesvorstand Schumann Horst Kern kennenlernte und selbst Bundesvorsitzender in der Zeit des Unvereinbarkeitsbeschlusses des SPD-Vorstandes 1961 war mit all den Solidaritätsproblemen, die die Trennung zur Folge hatte. Um so wichtiger wurde die Kooperation mit den Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, mit "Arbeit und Leben" und dem RKW. In der Vorstandsverwaltung der IG Metall suchte Hans Matthöfer betriebsnahe Gewerkschaftsarbeit in Gang zu bringen, und Günter Friedrichs, Leiter der Automationsabteilung, regte die große Untersuchung A 33 über die sozialen Auswirkungen des technischen Wandels an, in der Manfred Heckenauer für die Kooperation mit den Sozialforschern sorgte.

Der Nukleus also hatte sich in Frankfurt gebildet. Er gelangte bekanntlich dann auch nach München, weil Lutz es zu seiner Heimstatt erkor, Weltz dorthin zurückkehrte und Altmann bei "Mensch und Arbeit" dort seine erste Berufstätigkeit antrat. Als Lutz 1965 auf den Vorschlag von Karl Martin Bolte einging, der inzwischen nach München berufen worden war, die Geschäftsführung eines ganz und gar umzugestaltenden "Instituts für Kultur- und Sozialforschung" zu übernehmen, war unter den ersten kompeten-

ten Mitarbeitern des neuen ISF München Norbert Altmann der wichtigste und wurde Mitdirektor.

Als Nachfolger Plessners war Bahrdt Anfang der 60er Jahre Direktor des Soziologischen Seminars in Göttingen geworden und hatte sich Braun als Assistent geholt. Ende 1964 warb Bahrdt den frisch diplomierten Michael Schumann für die dortige industriesoziologische Forschungsarbeit im Rahmen des RKW-Projektes A 33 ein. Keine der anderen Studien zu dieser Zeit hatte für die weitere Entwicklung der Industriesoziologie in Deutschland als Anregung und Gegenstand der Auseinandersetzung eine derartige Bedeutung wie die Publikation von Kern und Schumann über "Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein". Nicht zuletzt, weil sie den Maßstäben kritischer Sozialforschung zu genügen suchte. Die Entwicklung von Kapitalverwertung, Technik und industrieller Arbeit erwies sich trotz ständigen Wirtschaftsaufschwungs und erreichter Vollbeschäftigung in hohem Maße durch Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche charakterisiert, restringierte Arbeit verschwand durch den technischen Fortschritt nicht gleichsam von selbst. Im Vorwort zu einer späteren Ausgabe (1977) bezeichneten sie den Anspruch kritischer Industriesoziologie, die mehr sein will als nur Ideologiekritik, sondern Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen konkret ergründen und erreichen soll, in der Weiterarbeit an drei Problemen: der Vermittlung der industriesoziologischen Forschung mit einer Theorie der sozioökonomischen Entwicklung ebenso wie mit einer Theorie des Arbeiterbewußtseins, zweitens die Methodenentwicklung darauf auszurichten, die Fragmentierung der gesellschaftlichen Realität durch den Untersuchungsprozeß soweit möglich aufzuheben und letztlich die Ergebnisse der Forschung umzusetzen mit dem Ziel, ihnen konkrete Bedeutung im Prozeß gesellschaftlicher Veränderung zu verschaffen. Am Ende der Studie gründeten mit den Restmitteln und dem Honorar einer Fernsehsendung über ihre Ergebnisse Schumann, Baethge, Kern und Osterland zusammen mit Bahrdt das SOFI, das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen als eine außeruniversitäre, aber universitätsnahe Einrichtung in Form eines gemeinnützigen Ver-

eins, um der soziologischen Forschung in Göttingen insbesondere in der Arbeits- und Bildungssoziologie Kontinuität zu verbürgen. Ein Beispiel für bemerkenswerte Risikobereitschaft, wie auch in München.

Soweit die Gründungsgeschichte, aus der sich die inzwischen drei Jahrzehnte lange Kooperation der drei Institute erklärt. In bestimmter Weise blieben sie, wie die Forschergruppen des Anfangs, Außenseiter, einmal unabhängig von dem sich wandelnden Zeitgeist. Ihrer Konstruktion nach waren und sind sie von ständig neu zu erwerbenden Drittmitteln in ganz anderem Maße abhängig als die staatlich mehr oder weniger voll finanzierten Forschungseinrichtungen. Damit gab es immer hinreichend Anlaß für Konkurrenz um knappe Mittel, aber des ungeachtet stets die motivierende Erfahrung von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung. Das erwies sich zunächst in der Entwicklung des Forschungsfeldes "Humanisierung der Arbeit", das die sozialliberale Bundesregierung, insbesondere angeregt von Hans Matthöfer, ins Leben rief, und bei der Einrichtung eines ersten Schwerpunktes Industriesoziologie der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das Institut für Sozialforschung leitete damals Gerhard Brandt und sorgte für die Kooperation. Als ich ins Institut zurückkam, ging es schon um die Fortschreibung des Schwerpunkts, später neben den Sonderforschungsbereichen in München um die Einrichtung neuer Schwerpunkte. Aller Anlaß, daran zu erinnern, welche Bedeutung für diese Entwicklung der kritische Sachverstand und das Engagement von Helga Hoppe in der DFG hatte und hat.

Ich werde jetzt nicht die vergangenen drei Jahrzehnte im einzelnen abschreiten, sondern nur wenige Beispiele herausgreifen. In den 70er Jahren hatten sich die drei Institute zusammen mit der Dortmunder Sozialforschungsstelle darauf verständigt, ihre Studienreihe in einem gemeinsamen Verlag zu veröffentlichen, der Europäischen Verlagsanstalt, in der seit der Wiedererrichtung des Instituts für Sozialforschung dessen "Frankfurter Beiträge zur Soziologie" erschienen. Die neu geschlossenen Verträge sahen wie bisher ein Vetorecht des Verlages nur vor, wenn eine

vom herausgebenden Institut geplante Veröffentlichung mit einem zu großen kaufmännischen Risiko verbunden war, das sich auch durch Druckkostenzuschüsse nicht auffangen ließ. Doch die Zeiten hatten sich geändert und auch die Besitzer des Verlages, zu denen nun die Gewerkschaften gehörten. Den Vorstandsvorsitzenden der großen Industriegewerkschaften bereitete der erste Band der neuen Studienreihe des Instituts für Sozialforschung über die "Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Sachzwängen" von Bergmann, Jacobi und Müller-Jentsch solches Unbehagen, daß sie ihre Vertreter im Verlagsbeirat anwies, die Verträge bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zu ändern. Als Geschäftsführer der EVA schrieb Tomas Kosta 1975 dem Institut, daß eine Verlängerung des Vertrages im folgenden Jahr nur zustande käme, wenn der Geschäftsführung der EVA ein Mitspracherecht bei den Veröffentlichungen eingeräumt würde. Gegen solche Zensurandrohungen wendeten sich die Institute geschlossen, informierten sich über Alternativen, prüften ernsthaft die Offerten von Aspekte-Verleger Gerhard Hirschfeld, der in einer Frankfurter Westendvilla in Nachfolge des Deutschen Fußballbundes residierte und finanziell verlockende Angebote machte, und andererseits die weit realistischeren Vorschläge von Campus-Verleger Frank Schwoerer und entschieden sich nach gründlicher Beratung einmütig für den Falschen, um nach kurzer Zeit mit ihm, nämlich Hirschfeld, in dessen Konkurs zu geraten und dann reumütig doch gemeinsam 1977 beim Campus Verlag neu zu beginnen.

In den 70er Jahren wuchs im Felde der Industriesoziologie die professionelle Anerkennung der Institute. Von der Göttinger RKW-Studie war schon die Rede. In Frankfurt kam eine DFG-Forschergruppe für die Gewerkschaftsuntersuchungen zustande. In München gelang dem IFS aufgrund seiner Reputation die für einen privaten Verein ganz ungewöhnliche Teilnahme an einem Sonderforschungsbereich 101 der Universität zu den "theoretischen Grundlagen sozialwissenschaftlicher Berufs- und Arbeitskräfteforschung" in enger Zusammenarbeit mit Karl

Martin Bolte. Dieser Sonderforschungsbereich hatte in den 80er Jahren in dem SFB 333 über "Entwicklungsperspektiven von Arbeit" sogar noch einen Nachfolger. Eine Evaluierung durch den Wissenschaftsrat im Zusammenhang von Bemühungen um finanzielle Unterstützung seitens des Bundes für die Infrastruktur und damit die Grundlagenforschung der Institute führte in den Wissenschaftsratsempfehlungen zur Förderung der empirischen Sozialforschung zur Bestätigung der besonderen Bedeutung der drei Institute für die Industriesoziologie.

Dessen wohlbewußt, kamen diese Anfang der 80er Jahre in Frankfurt zusammen, um anhand ihrer aktuellen Studien über die sozialen Konsequenzen der technischen Entwicklung im Produktionsprozeß den weiteren Weg zu diskutieren. Es waren die verschiedenen Ansätze zu klären und die Probleme zu erörtern, die sich bei der Formulierung eines sozialwissenschaftlichen Technikbegriffs stellten. In ihren Kontroversen erweist sich die Qualität ihrer Kooperation. Es ging um Produktionsmodelle, Betriebsstrategien und die reelle Subsumtion der lebendigen Arbeit. Umstritten waren die Gewichte im Verhältnis von Kapitalperspektive und Subjektperspektive. Daß von letzterer überhaupt wieder gesprochen wurde, war der Bremer Wertstudie zu danken. Von der heutigen Anerkennungsdebatte her betrachtet, fällt auf Schumanns damalige Position ein heller Schimmer: "Entsprechend individueller und kollektiver Sozialisation und historischer Erfahrung ist der Arbeiter auch Träger subjektiver, persönlicher, individuell gefaßter Interessen mit ausdrücklichen Bedürfnissen auf Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung, die sich auch auf die Arbeit, nicht nur auf den Nicht-Arbeitsbereich richten."³

Das Treffen der Institute diente zugleich der Vorbereitung einer von ihnen gemeinsam getragenen und von der DFG geförderten Kolloquienreihe in den folgenden Jahren über die industriesoziologische Technikforschung, als Forum innerfachlicher wie interdisziplinärer Reflexion und Verständigung. Aus gegebenem Anlaß erinnere ich hier nur

3 Protokoll der industriesoziologischen Konferenz vom 20./21. Mai 1982 in Frankfurt am Main, S. 28.

an den Höhepunkt dieser Reihe. Schumann und Kern stellten erste Befunde ihrer Nachfolgestudie zu "Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" vor und präsentierten einen sich andeutenden Paradigmenwechsel im Produktionskonzept des technisierten Industriebetriebes, der ihrer Interpretation nach die bisherige Arbeitsteilung von Hand- und Kopfarbeit in Frage stellte. Die lebendige Arbeit werde keineswegs zukünftig auf eine bloße Restfunktion beschränkt - nicht der Kapitalverwertung zum Trotz, sondern weil sie es so verlangt, um unter bestimmten Randbedingungen die Qualifikation und fachliche Souveränität der Arbeiter als Produktivkräfte verstärkt zu nutzen. Vielfältige sachliche und methodische Einwände aus den Reihen der anderen Institute, insbesondere Fragen nach der Reichweite und Stabilität dieser Befunde hat Michael Schumann ein Jahrzehnt später im "Trendreport Rationalisierung" des SOFI methodisch anspruchsvoll aufgegriffen und eindrucksvoll beantwortet.

Damit sind wir zu meinem dritten und letzten Beispiel für die kooperative Betriebsstrategie der Institute gelangt, zu den Verbänden für Sozialwissenschaftliche Technikforschung und Technikberichterstattung, die bis in die Gegenwart reichen. Bei diesem Beispiel geht es um die so lang ersehnte Bundesunterstützung, der die grundgesetzliche Kompetenzverteilung zwischen den Ländern und dem Bund nicht gerade förderlich war und ist. Was in der sozialliberalen Regierungszeit nicht gelang, glückte nach der Wende dem zuständigen Referenten für die Sozialwissenschaften im Bundesforschungsministerium Dr. Dr. Uhl in nahezu magischer Weise mit den Mitteln des symbolischen Interaktionismus. Meinold Dierkes, damals Präsident des WZB, hatte die Idee, gemeinsam mit Frau Mayntz, Herrn Zapf und den drei Instituten ein Memorandum zum Stand und zu den Aufgaben der Sozialwissenschaftlichen Technikforschung in der Bundesrepublik zu formulieren, auf dessen Grundlage der Verbund im Oktober 1985 gegründet wurde, der seitdem, inzwischen erweitert, vom BMFT projektorientiert gefördert wird. Wenig später gelang es Herrn Uhl, den Bundesforschungsminister erwägen zu lassen, die erwähnte Empfehlung des

Wissenschaftsrates zur Förderung der begutachteten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in freier Trägerschaft in geeigneter Weise aufzunehmen. Es entstand das Projekt eines Jahrbuches sozialwissenschaftlicher Technikberichterstattung, gemeinsam herausgegeben von den drei Instituten und dem Internationalen Institut für empirische Sozialökonomie in Stadtbergen. In forschungspolitisch oft sehr schweren Zeiten hat die Zusammenarbeit in diesen Verbänden im vergangenen Jahrzehnt wesentlich dazu beigetragen, die Kooperation der Institute trotz teilweise sachlich erheblicher Differenzen produktiv zu erhalten.

Manchen von Ihnen wird der anhaltende Fußnotenkrieg zwischen München und Göttingen noch in Erinnerung sein. Um so angenehmer war es dann, bei einer Berichtstagung des Technikverbundes im Oktober 1991 in Bonn vor internationalen Experten deren deutlich zum Ausdruck gebrachtes Vergnügen über die solidarische Präsentation und Diskussion mitzuerleben. In der Technikberichterstattung erwies sich das zweite Jahrbuch, der Entwicklungsdynamik der Produktionsarbeit gewidmet, als Prüfstein. Für das erste zur Dienstleistungsarbeit war, gestützt auf die Forschungen von Baethge und Oberbeck, Göttingen federführend, für das zweite München. Zwar bedurfte es der erheblichen Anstrengung aller Beteiligten, aber es gelang eine gemeinsame Zwischenbilanz der aktuellen Entwicklung der Produktionsarbeit aufgrund eigener empirischer Forschungen von hohem Rang.

Mit dem Generationswechsel bestimmen nun die Jüngeren das Bild. Für das jüngste Jahrbuch, das in wenigen Wochen erscheint und der gegenwärtigen Reorganisation der industriellen Produktion gewidmet ist, hat sich Schumann noch einmal nachhaltig persönlich engagiert. In dieser Form wird er nicht mehr in der Kooperation der Institute antreten können und wollen. Aber Präsidenten haben ja ihre ganz eigene Art sich einzumischen. Und da sie Kern und Schumann heißen, erinnert die Geschichte der Industriesoziologie an so denkwürdige Interventionen, daß wir mit guten Gründen auch auf künftige Einmischung hoffen können.